



ANTRAG		Vorlage Nr.:	2016/0803	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion				
Coffee- und Food-to-go: Städtische Strategie für Mehrwegbehältnisse				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	07.02.2017	17	x	

1. Die Stadtverwaltung entwickelt Lösungsstrategien für eine Verringerung der „Einwegbehältnisse für frisch zubereitete Speisen und Warmgetränke“.
2. Sie erstellt eine Übersicht, welche Initiativen und Maßnahmen zur Vermeidung von „to go“-Behältnissen ihr bekannt sind, die es mittlerweile in Karlsruhe ebenso wie in vielen anderen Städten gibt, wer jeweils die Initiative dazu ergriffen hat und wer an der Umsetzung beteiligt ist (u. a. BürgerInnen, Betriebe, Stadtverwaltung, Vereine).
Sie erläutert, wie hierbei die bestehenden Hygieneanforderungen erfüllt werden.
3. Die Stadtverwaltung prüft, welche dieser Möglichkeiten sie in Karlsruhe für erfolgsversprechend hält und welchen Beitrag sie zur Umsetzung dieser Möglichkeiten leisten möchte.
4. Sie prüft, welche rechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um die wachsende Menge von Einwegbehältnissen für frische Speisen und Getränke zu verringern.
5. Sie richtet einen Gesprächskreis bzw. ein Bürgerforum zur Vermeidung von Einwegbehältnissen für Mitnehm-Speisen und -Getränken ein, zu dem u. a. betroffene Betriebe, Umweltverbände, der Stadtjugendausschuss sowie weitere bürgerschaftliche Organisationen eingeladen werden. Ziel dabei ist die Entwicklung und Umsetzung wirkungsvoller Strategien und Instrumente zur Vermeidung bzw. Ersetzung von Einwegbehältnissen.

Sachverhalt / Begründung:

In den letzten Jahren hat die Zahl der Betriebe, die „Coffee-to go“ anbieten, extrem zugenommen.

In Deutschland werden nach Informationen der Deutschen Umwelthilfe pro Stunde rund 320.000 „Coffee-to go“-Einwegbecher verbraucht. In den Städten gehört es längst zur Normalität, dass Kaffee in Pappbechern gekauft, mitgenommen und unterwegs getrunken wird. Die leeren Becher tragen zu einem immer größer werdenden Müllberg bei. Ihre Herstellung verursacht einen großen Ressourcenverbrauch und hohe CO₂-Emissionen von rund 83.000 Tonnen jährlich; bezieht man die Deckel mit ein, sind es sogar 111.000 Tonnen.

Problematisiert wird die wachsende Menge von Einwegbechern schon lange, aber erst in den letzten Jahren gibt es Bestrebungen und Strategien zu ihrer Vermeidung. Bekannt geworden sind Initiativen von Einzelpersonen, wie z. B. einer Münchner Studentin, die mit ihrer Idee „Coffee-to go again“ Cafés und Bäckereien dafür gewonnen hat, mitgebrachte Becher zu befüllen. Auch in Karlsruhe gibt es inzwischen einige Betriebe, die diese Lösung ermöglichen. Manche Betriebe gewähren Preisnachlässe, wenn Kunden ihre eigenen Becher mitbringen.

Die Stadt Freiburg hat jetzt ein weiter gehendes Modell entwickelt. Mit 5.000 „Freiburg-Bechern“ aus haltbarem Kunststoff wird derzeit ein Pfandsystem erprobt.

Die öffentliche Kritik hat sich bislang weitgehend auf Einwegbecher für Kaffee konzentriert. Tatsächlich besteht das gleiche Problem bei Einwegbehältnissen für frische Speisen. Die Zahl der BürgerInnen nimmt zu, die „Food-to go“ kaufen, unterwegs essen oder auch mit nach Hause nehmen. Weniger bekannt ist, dass auch dabei die Möglichkeit besteht, eigene Behältnisse zum Einfüllen mitzubringen.

Die GRÜNE Fraktion schlägt deshalb vor, den gesamten Themenkomplex „to go-Einwegbehältnisse“ in den Blick zu nehmen. Wir sind der Meinung, dass die Initiativen einzelner Betriebe, Kommunen und BürgerInnen erheblich dazu beigetragen haben, das Bewusstsein für die Problematik „Einweg- versus Mehrwegbehältnisse“ zu schärfen. Sie sind auch erfolgreich. So müssen inzwischen in der Stadt Freiburg 10.000 weitere Freiburg-Becher nachbestellt werden. Allerdings hat eine erste Studie gezeigt, dass die Mehrwegbecher zwar reißenden Absatz finden, aber häufig nicht benutzt werden. Als Hauptgrund geben 93 % der Befragten „Vergesslichkeit“ an.

Deshalb ist es aus unserer Sicht zielführend, dass sich die Stadt Karlsruhe gemeinsam mit allen betroffenen AkteurInnen um möglichst praktikable Lösungsansätze bemüht. Denn um Müll, Verschmutzung, Emissionen und Ressourcenverbrauch zu verhindern, bedarf es guter Konzepte.

unterzeichnet von:
Dr. Ute Leidig
Johannes Honné
Renate Rastätter
Zoe Mayer